

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 4. November
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Maria Zettin (Rundel), Wilhelmshöhe, Postwegloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Turbach-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Die preussischen Landtagswahlen und die Frauen. Von Louise Bieh. — Die Frauen unter dem Ausnahmegesetz. — Das Wahlprogramm der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtagswahlen. — Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen im Jahre 1902. III. Von M. Gr. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Mumm, das Hündchen des Taubstummen. Erzählung von J. S. Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von L. A. Hauff. (Fortsetzung.)

Notizenteil: Der Beinhinstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau. — Frauenstimmrecht.

Die preussischen Landtagswahlen und die Frauen.

Von Louise Bieh.

Zu dem glänzenden Siege der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen am 16. und 25. Juni dieses Jahres haben unsere Frauen ein gut Teil beigetragen. Just der Umstand, daß sie kein Recht haben zu wählen, dabei aber das Bewußtsein, daß jede einzelne Materie, welche die Reichsgesetzgebung zu regeln hat, sie mindestens ebenso interessiert wie den Mann, in manchen Fällen (Brotwucher) fast noch mehr denn diesen: hat die Frauen geradezu aufgestachelt, um so intensiver, um so leidenschaftlicher zu agitieren. Das Bewußtsein ihrer Rechtlosigkeit, die Empörung ob derselben hat sich umgesetzt in die lebhafteste Beteiligung an unserer Bewegung. Wir hoffen, das gleiche wird geschehen bei der preussischen Landtagswahl, an welcher sich in diesem Jahre die Sozialdemokratie zum erstenmal beteiligt. In unserem „einigen“ deutschen Vaterland ist ja eine sehr große Anzahl der allerwichtigsten Fragen der Regelung der verschiedenen Bundesstaaten überwiesen. Fragen, die tief in das Wirtschaftsleben des Volkes eingreifen, die also auch ganz besonders die Interessen der Frau berühren.

Da ist zunächst eine der wichtigsten Materien: das Vereins- und Versammlungsrecht, das der einzelstaatlichen Regelung untersteht, in unserem Falle also dem preussischen Landtag. Von seiner Beschaffenheit hängt es ab, ob und wie weit die Frauen sich an der Erörterung öffentlicher und politischer Angelegenheiten beteiligen können, ob und wie weit ihnen die Möglichkeit gegeben ist, im Zusammenschluß mit den übrigen Arbeitskräften sich einen Rückhalt gegen die Ausbeutungspraktiken des Unternehmers zu schaffen, also das in § 152 der Gewerbeordnung gegebene Koalitionsrecht auszunutzen. Mit anderen Worten: von der Beschaffenheit, der Anwendung und Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechtes hängt es ab, ob es der Frau ermöglicht wird, aus ihrer Vereinzelung hervorzutreten und als Mitglied der großen Arbeiterbewegung sich zu unterrichten und zu schulen, ihr Interesse zu bekunden, ihre Kraft einzusetzen für die Verwirklichung all der vielen Wünsche und Forderungen, welche die Proletarierinnen erheben, vertreten und erkämpfen müssen auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiet zum Nutzen ihrer selbst, ihrer Familie, ihrer Klasse.

Das preussische Vereins- und Versammlungsrecht ist nicht ein „Recht“, das durch eine gesetzgebende Körperschaft geschaffen worden ist, sondern eine Verordnung vom 11. März 1850 zur Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechtes. Die Verordnung atmet ganz den Geist jener Zeit der schlimmsten Reaktion

in Deutschland. Es war die Zeit, wo das Junkertum blindwütend nicht nur die Errungenschaften der Märzrevolution von 1848 mit Füßen trat, sondern auch noch blutige Rache nahm für die erlittenen Niederlagen. An dieser Stelle ist wieder und wieder auf die schreiende Ungerechtigkeit hingewiesen worden, die in der Bestimmung jener Verordnung liegt, daß „Frauenspersonen“ nicht Mitglieder solcher Vereine sein dürfen, die sich mit Politik beschäftigen; wieder und wieder ist hier betont und durch Beispiele erhärtet worden, daß die Auslegung und Handhabung jener Verordnung noch weit reaktionärer ist, als ihre Fassung; es erübrigt sich deshalb, heute noch weiteres Material beizubringen. Nur auf einen Umstand sei besonders hingewiesen, der die „Schönheiten“ des preussischen Vereins- und Versammlungsrechtes vermehrt. Auf das Messen mit zweierlei Maß, das bei der Anwendung der Verordnung vielfach üblich ist. Wie mancher armen Arbeiterin ist auf Grund des fragwürdigen Rechtes die Möglichkeit erschwert, in manchen Fällen sogar genommen worden, durch den Anschluß an die Gewerkschaft für sich, ihre Kinder ein besseres Stück Brot, bessere Kleidung, eine gesündere, freundlichere Wohnung, ein Stündchen mehr Zeit zum gemeinsamen Leben zu erringen! Den Damen des Adels ward dagegen nichts in den Weg gelegt, als sie an den Vereinsversammlungen des Bundes der Landwirte teilnahmen, in denen bekanntlich beraten wird, wie dem dummen Volke am besten die Taschen geplündert werden. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es eben nicht dasselbe! Ein einheitliches, freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht fürs Reich beanspruchen wir statt der buntscheckigen reaktionären gesetzlichen Vielheit, wie sie jetzt besteht.

Das Schulwesen unterliegt ebenso der einzelstaatlichen Regelung. Die Volksschule, meist die einzige Bildungsanstalt für die Kinder des Arbeiters, wird leider wie das Aschenbrödel behandelt. Da sind viel zu wenig Schulen, 11247 überfüllte Klassen im Jahre 1901 illustrieren das. Die Schulen und Lehrerwohnungen sind recht oft in haufälligen, lebensgefährlichem Zustand. Da sind viel zu wenig Lehrer. Die Lehrer in ihrer großen Mehrheit werden viel zu gering besoldet (900 Mark Jahreseinkommen für viele Tausende unter ihnen). Der Lehrplan ist oft geradezu auf die Verdünnung der Kinder zugeschnitten. Der größte Teil der Schulen steht unter der Leitung und dem Einfluß der Geistlichen, und die junkerlich-kerisale Majorität des Landtags möchte diesen Stand der Dinge noch verallgemeinert und schärfer zugespitzt, möchte die konfessionelle Trennung der Schule durchgeführt sehen. Trennung der Kirche und Schule ist dagegen die sozialdemokratische Parole. Desgleichen verlangen wir, der Staat solle mit all den oben gerügten Übelständen aufräumen, solle die Einheitschule einführen und Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehr- und Lernmittel gewähren. Ganz besonders der Schulfrage wegen, meinen wir, müßten unsere Frauen sich an der Agitation zur Landtagswahl beteiligen. Selten können sie ihren Kindern etwas anderes mit auf den Weg ins Leben geben, als das wenige Wissen, das diese sich in der Schule aneignen. Je unwissender aber Arbeiterinnen und Arbeiter sind, desto mehr werden sie „übers Ohr gehauen“, desto mehr herumgestoßen, ausgebeutet und unterdrückt. Aber auch im Interesse der proletarischen Klasse liegt es, daß ihre Angehörigen sich möglichst viel Wissen aneignen. Je mehr die Arbeiter, die Arbeiterinnen gelernt, je mehr Wissen sie sich angeeignet haben, desto mehr werden sie das

Unrecht, die Unterdrückung empfinden, desto mehr und energischer werden sie sich dagegen empören und mit Begeisterung und zäher Ausdauer am Befreiungskampf des Proletariats sich beteiligen. Doch nicht nur für das geistige, sondern auch für das leibliche Bedürfnis der Kinder soll, wo es not tut, die Schule sorgen. Ein hungerndes und frierendes Kind kann unmöglich viel vom Unterricht profitieren. Um die Wirksamkeit der allgemeinen Schulpflicht in Fällen der Not nicht illusorisch zu machen, muß den hungernden und frierenden Kindern Speise und Kleidung verabfolgt werden. Ordnet der Staat die allgemeine Schulpflicht an, so ist er des weiteren verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder, die dieser Pflicht nachkommen, nicht an ihrer Gesundheit Schaden leiden. Anstellung von Schulärzten und Errichtung von Schulbädern ist deshalb ebenfalls eine notwendige Forderung, für welche die Frauen der Arbeiterklasse wie für all die vorstehenden Reformen bei den Landtagswahlen kämpfen müssen.

Die gewerblich und industriell tätigen Frauen sind in unmittelbarer Weise außerordentlich interessiert an der Ausgestaltung der Gewerbeinspektion. Mittelbar aber haben auch alle Ehefrauen, Mütter, Schwestern von lohnarbeitenden Männern ein großes Interesse daran. Durch die Tätigkeit der Gewerbeinspektion werden doch sehr oft die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen erst in die Wirklichkeit umgesetzt. Von der Innehaltung derselben hängt aber in vielen Fällen Leben und Gesundheit der Arbeitenden ab. Vermehrung der Inspektoren, namentlich der weiblichen; Erweiterung ihrer Machtbefugnisse; Hinzuziehung zur Gewerbeaufsicht von Ärzten, sowie von Arbeitern und Arbeiterinnen, welche letztere von der Arbeiterschaft selbst gewählt werden: sind hier die notwendigsten Reformen, für die einzutreten es gilt.

Mehr oder minder, direkt oder indirekt wird das Wohl und Wehe der Frauen auch von allen übrigen Materien beeinflusst, deren Regelung Sache des preussischen Landtags ist. Es kann zum Beispiel den Frauen nicht einerlei sein, wie das Steuerwesen geordnet wird. An das Reich haben sie unzählige indirekte Steuern zu entrichten, bei jedem Bissen Brot, jedem Körnchen Salz usw., das sie und die ihrigen verzehren; dem Bundesstaat aber müssen sie, wenn sie selbständig Erwerbende sind und ihr Einkommen die Höhe von 900 Mark erreicht, direkte Steuern zahlen. Von der im Staate beliebten Verkehrspolitik hängt es unter anderem ab, ob es der Proletarierin und den ihrigen möglich ist, an einem anderen Orte lohnende Beschäftigung suchen zu können, oder ob durch hohe Personentarife die Freizügigkeit eingeschränkt und damit auf Umwegen das Koalitionsrecht eskamotiert wird. Die Urteile der Justiz beeinträchtigen dieses Lebensrecht der werktätigen Massen leider sehr oft, ganz zu schweigen von den harten, grausamen Richtersprüchen gegen Angehörige des Proletariats, von Richtersprüchen, die wir als Klassenurteile empfinden, welche in striktem Gegensatz zu dem Rechtsbewußtsein des Volkes stehen. Die Allmacht der Polizei bekommen nicht nur kämpfende Proletarier, sondern auch wehrlose Frauen und Mädchen zu kosten. Die Arretierung und Bestrafung von Streikposten ist so bekannt, wie die Belästigung, Verhaftung und polizeiärztliche Untersuchung von Frauen und Mädchen, die ganz unberechtigterweise als Prostituierte verdächtigt wurden. Auch von anderen „hübschen“ Sachen sollen die Polizeiwachen recht viel zu erzählen wissen.

Gesindeordnung und Ausnahmegesetzgebung gegen die ländlichen Arbeiter, zwei Überbleibsel des finsternen Mittelalters, hindern auch die Proletarierin, welche als „Gesinde“ oder als Landarbeiterin ihr Brot verdient und sich aus eigener Kraft, durch den Zusammenschluß mit den Leidensgefährten, ein besseres Dasein erringen möchte. Sie liefern sie der uneingeschränkten Ausbeutung ihrer „Brotferrn“ aus. Dem Mangel einer Wohnungs- und Fürsorgegesetzes ist es geschuldet, daß Tausende und aber Tausende Proletarierfamilien in dumpfen, feuchten, dunklen und deshalb ungefunten Wohnungen haufen müssen und dafür noch von den Hausagariern ausgenutzt werden. Reaktion und Rückständigkeit wohin man blickt.

Die Krönung des reaktionären Gebäudes aber ist zweifellos das „elendeste aller Wahlgeseze“ zum preussischen Abgeordnetenhaus. Es nimmt nicht nur den Frauen, sondern auch dem männlichen Proletariat fogut wie jeden Einfluß auf die Gestaltung der oben erwähnten und aller übrigen Fragen, die über die vitalsten Inter-

essen der Arbeiterschaft entscheiden. Nicht genug, daß das Wahlgesez die Dreiklassenwahl vorschreibt, es setzt außerdem noch die indirekte und die öffentliche Wahl fest. Die Sozialdemokratie beteiligte sich deshalb bisher nicht an den Wahlen zum preussischen Landtag. Das Wahlrecht sollte durch eine Propaganda für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes bekämpft werden. Die Taktik des Kampfes gegen dasselbe ist jedoch geändert worden. Heuer tritt die Sozialdemokratie zum ersten Male in die Wahlkampagne zum preussischen Landtag ein. Soll ihre Beteiligung von dem gewünschten Erfolg begleitet sein, dann heißt es die Massen begeistern, entflammen, ihre Erbitterung, ihre Empörung geradezu aufstacheln. Die Empörung ob ihrer Rechtlosigkeit bei der Entscheidung der wichtigsten Fragen in dem größten deutschen Bundesstaat. Die Empörung ob der sich stetig steigenden reaktionären Zusammensetzung des Landtags und damit der sich stetig steigenden reaktionären Maßnahmen desselben. Die Massenbeteiligung des Proletariats bei der Wahl muß unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß dieses es satt hat, von der junkerlich-kerikalischen Mehrheit des Landtags sich unterdrücken und entrechteten zu lassen. Gelingt es der Sozialdemokratie außerdem noch, einzubringen in den Landtag, im Junkerparlament eine Tribüne zu erobern, von der aus in der schonungslosesten Weise Kritik geübt werden kann an der reaktionären, volksfeindlichen Politik der Junker, Kleriker und Kapitalistensippe, von wo aus die Massen zum flammenden Protest hiergegen aufgerufen werden können, um so besser. Eine Massenbewegung in Fluß zu bringen ist unsere nächste Aufgabe, Aufklärung über die Rechtlosigkeit der Masse das nächste Mittel dazu. Dabei soll ihr Frauen, ihr dreimal Entrechteten, ihr hundertfach Interessierten, mithelfen. Soll der Junkerhort gefürmt werden, darf niemand fehlen. Darum vorwärts! Es gilt hohen Preis: Freiheit und Recht!

Berichtigung.

Der Leitartikel der letzten Nummer dieser Zeitschrift: „Auf der Anklagebank“, enthält leider einen bedauerlichen Irrtum. Der Vater des schmachlich zu Tode geprüglichten Knaben ist nicht der Reichsbankdirektor Koch, wie es daselbst heißt, sondern der Direktor der Deutschen Bank, der antisemitische Kommerzienrat Rudolf Koch. Die irtümliche Angabe wurde von süddeutschen Tagesblättern übernommen, und erst als die letzte Nummer der „Gleichheit“ schon gedruckt vorlag, kamen uns Zeitungen zu Gesicht, welche die unliebsame Verwechslung richtig stellten. Der im besten Glauben unterlaufene Irrtum ist uns um so peinlicher, als im Prozeß gegen das Ungeheuer Dippold die Tatsachen ein besonders anlagendes und vernichtendes Urteil über das bourgeoise Vatergewissen des Herrn Kommerzienrats fällen. Ein Urteil, dem ganz andere Schärfe und Beweiskraft innewohnt, als den hirnlosen Mäghen, mit denen sich der edle Ritter Eugenius seinerzeit über die Erziehungsrichtungen des „Zukunftsstaats“ entrüstete.

Die Redaktion der „Gleichheit“.

Die Frauen unter dem Ausnahmegesetz.

Am 21. Oktober hat es sich zum fünfundsanzwanzigstenmal gehöhrt, daß das Sozialistengesetz erlassen wurde, daß die Diktatur der bestehenden Klassen über die proletarischen Massen sich zu jener brutal niederträchtigen Ausnahmemassregel zuspizte, die der Dichter mit den Worten brandmarkt: „Es steht ein Blatt geschrieben im Buch der deutschen Schmach.“ Die Presse des gesamten Proletariats hat die genannten und ungenannten Helben und Märtyrer gefeiert, die mit unvergleichlicher Energie, Treue und Opferfreudigkeit das Schandgesetz zu Boden gerungen haben. Und wahrlich: wer da weiß, wie bedingungslos, schonungslos — einem starken, eifrigen Gott gleich, der keine anderen Götter neben sich duldet — der Kampf für die Gleichberechtigung der klassenbewußten Arbeiterbewegung in jenen schweren Zeiten den ganzen Menschen einforderte; welche hohe Ansprüche er tagtäglich an den einzelnen stellte: der muß billig zugeben, daß kein Wort des Lobes für die Tapferen und Edlen zuviel gesagt worden ist, zuviel gesagt werden konnte. Aber eins haben wir in all den Artikeln vermißt, welche des Unsterblichen gedachten, das deutsche Proletariat in den Jahren des Ausnahmegesetzes geleistet haben. Auch nicht ein einziger hat gerecht rühmend den Anteil erwähnt, den die proletarischen Frauen an dem Kampfe zur Unschäd-

lichmachung und Verschmetterung des Sozialistengesetzes genommen haben, an den Arbeiten und Mühsalen zum Aufbau einer klassenbewußten proletarischen Bewegung, deren Ziel die Befreiung der Werktätigen von Ausbeutung und Knechtschaft ist, und die von Männern wie Frauen getragen wird. Und doch wäre ohne die Mitarbeit, den Mitleidkampf der Proletarierinnen die Überwindung des Schmachgesetzes unmöglich gewesen, und doch haben unter seiner gemeingefährlichen Herrschaft die Bestrebungen, auch die Frauen der ausgebeuteten Massen zum Klassenbewußtsein zu erwecken, dem zielklaren proletarischen Befreiungskampf zuzuführen, große, entscheidende Schritte nach vorwärts getan. Wir entrüsten uns keineswegs darüber, daß Tugend und Tugend von Gedenkartikeln schweigend an den Leistungen der Frauen vorübergegangen sind; wir vermerken es nur. Es ist der unbewußte, ungewollte, aber sehr bezeichnende Ausdruck einer Tatsache. Die Herrenstellung und Staat hat beim Manne das Gefühl für die Wertung des stillen Heroismus der Frau abgestumpft, hat letzterem selbst den Charakter des Selbstverständlichen aufgeprägt, das im Dunkel der Anonymität bleibt. Was Jahrhundert nach Jahrhundert in dieser Hinsicht geschafften, das kann unmöglich von heute auf morgen verschwinden. Kein Wunder deshalb, wenn auch beim Sozialisten der Frau gegenüber hier und da die theoretische, die geschichtliche Einsicht von der Macht des unbewußten Empfindens zurückgedrängt wird. Kurz nachzuholen, was in der aufgezeigten Beziehung verabsäumt worden ist, dünkt uns eine Pflicht der Gerechtigkeit.

Ohne die Mitarbeit, den Mitleidkampf der Frauen wäre die Überwindung des Sozialistengesetzes unmöglich gewesen, so schrieben wir weiter oben. Und so ist es. Die als Recht verummte brutale Gewalt wollte die kräftig aufstrebende klassenbewußte Arbeiterbewegung nicht nur dadurch niederknütteln, daß sie die politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen zertrümmerte, das Versammlungsrecht vernichtete, die Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes knebelte, kurz alle öffentlich-rechtlichen Waffen zerbrach, welche in einem modernen Staate die Verfassung in die Hände der werktätigen Massen legt. Sie ging vielmehr darauf aus, ihr Ziel auch durch die gewissenloseste, unbarmerzigste Vernichtung der wirtschaftlichen und sozialen Existenz der Vorkämpfer und Träger des sozialistischen Befreiungsgedankens zu erreichen. Der Sozialdemokrat war politisch rechtlos, persönlich verfeimt und vogelfrei. Zu Gefängnis und Zuchthaus gefellte sich der kleine Belagerungszustand mit seinen Ausweisungen und Achtungen. Die Sorge um die nackte Notdurft für sich und die Seinen, die Sorge, die sich von Tag zu Tag erneuerte, die an einem Orte kaum gebannt, dank der Ausweisung an einem anderen dräuend das Medusenhaupt erhob, diese Sorge mußte — so schlußfolgerten die grimmen Feinde des Proletariats — den Mann als Klassenkämpfer lähmen, mußte vor allem seinen Bestrebungen den gefährlichsten Gegner erwecken: den Gegner im eigenen Heim, die Frau. Die Frau, die in Mutterliebe um das Brot, die Erziehung der Kleinen zittert! Die Frau, die infolge der kapitalistischen Ausbeutung schon unter regelmäßigen Verhältnissen die schwerste, nicht selten eine erdrückende Sorgenbürde zu schleppen hat! Die Frau, die im schleichenden Kleinkrieg mit Bitten und Tränen, mit Verwünschungen und Vorwürfen, mit Liebkosung und Lächeln manche trotzig Männerkraft zermürbt und aufreißt.

Und in der Tat: als das Ausnahmegesetz, als insbesondere der kleine Belagerungszustand den „weißen Schrecken“ in die proletarische Familie trug, da hat es nicht an Frauen gefehlt, die sich mit leidenschaftlicher Feindseligkeit gegen die Bestrebungen des Mannes wendeten, der es unterlassen oder nicht verstanden hatte, die Lebensgefährtin zur einsichtsvollen Pegerin seiner Ideale zu erziehen. Mehr als ein braver Genosse wurde fahnenflüchtig, froh vor dem Ausbeuter oder der Büttelgewalt zu Kreuze, weil die verständnislose Frau es im Namen der Kinder forderte. Allein neben solchen traurigen Fällen stehen andere zu Hunderten, zu Tausenden, in denen die Frau sich als treue Mitstreiterin des Mannes auch in den schwersten Nöten glänzend bewährt hat. Nicht zum mindesten gilt das von den Gattinnen der Männer, die im Vordertreffen des Kampfes standen, dort, wo der Kugelregen der Feinde am dichtesten niederprasselte, wo das gewaltige Ringen die Kräfte des Leibes und der Seele am vollständigsten, rücksichtslosesten einforderte. Ehre und Dank den wackeren, selbstlosen Frauen — wie viele von ihnen deckt nicht schon der grüne Rasen —, die tapfer die Tränen hinunterschluckten, welche die Sorge um der Kinder Nahrung und Notdurft glühend heiß emporsteigen ließ; die die Ankündigung von Ausweisung, Verhaftung oder Verurteilung des Gatten, des Sohnes mit der mutigen Erklärung beantworteten: „nur ruhig Blut und aushalten, es muß überwunden werden“; die statt die nagende Pein des Mannes durch Klagen zu verschärfen, den Kampf um das tägliche Brot selbst energisch aufnahmen. Gar mancher Kämpfer konnte der heiligen Sache des Proletariats nur erhalten

bleiben, weil das mutige treue Weib es war, das durch Waschen, Plätten, Nähen, durch den Betrieb eines kleinen Geschäftes, durch Stundengeben und literarische Arbeiten den eigenen und der Kinder Unterhalt erwarb, ja vielleicht zeitweilig die Existenz des Mannes sicherte.

Wie die Frauen sich tapfer mit den Bitternissen des schärfsten Existenzkampfes abgefunden haben, also auch mit den vielgestaltigen Scherereien und Schikanen, die das Sozialistengesetz brachte! Welche Geduld, Schlaubeit, Besonnenheit und Selbstzucht haben sie nicht betätigt gegenüber den infamsten Bespizelungen, die tückisch bis an den häuslichen Herd schlichen; gegenüber den polizeilichen Befragungen und Belästigungen, die zu Zeiten einander förmlich jagten; gegenüber den zahllosen Hausfuchungen. Wir haben eine sehr liebe Freundin, deren Mann in dem Verdacht stand, verbotene Schriften im Geheimen zu drucken und zu versenden. In einem Monat der achtziger Jahre mußte sie über ihr Heim eine Hausfuchung mehr ergehen lassen, als selbiger Monat Tage zählte, weil eines schönen Tages zweimal gehäusucht wurde. Und wie gründlich geschah das! Nicht genug, daß Dielen und Bände abgeklopft wurden, daß die gewissenhafte Hermandad das oberste zu unterst lehrte, sie mußten die Betten auseinander und trennte die Matten auf. Und unsere Freundin ist nicht die einzige, die ähnliches erleiden mußte und die durch ihre Aufopferung und ihren guten Humor dazu beitrug, daß der Mann im empörenden Einzelfall seine Erbitterung meisterte und um so nachdrücklicher und entschlossener in Reih und Glied weiterkämpfte.

Zu dem Ruhmesblatt hingebungsvollen Duldens und Tragens fügt sich aber das andere kluger und freudiger Mitarbeit im Dienste der Bewegung selbst. Die Frauen begnügten sich nicht damit, Märtyrerinnen des Sozialistengesetzes zu sein, sie wurden zu Kämpferinnen gegen seine Niedertracht und Schmach. Sie mußten dazu werden. Zudem die klassenstaatlichen Gewalten mit eiserner Faust in das Leben des einzelnen und seiner Familie hineingriffen: trat den Frauen der unüberbrückbare Gegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, trat ihnen der Klassenstaat mit dem Klassenrecht, der Klassenmacht der Besitzenden nicht als toter Begriff entgegen, vielmehr als lebensvolle, furchtbare Wirklichkeit, die sie zur Abwehr, zum Kampfe herausforderte. Andererseits war der Mann des Proletariats für seinen geheimen Kleinrieg gegen das Schandgesetz mit geradezu zwingender Gewalt auf die Bundesgenossenschaft seiner Angehörigen, in erster Linie seiner Frau angewiesen. Für die ersprießliche Bewältigung der Fälle von täglicher geheimer Kleinarbeit war das Mitwissen, die Mithilfe der Frau von unschätzbarem Werte, nicht selten unentbehrlich und unerlässlich. Um die Verbindung zwischen den Gefinnungsgenossen aufrecht zu erhalten, Gelder aufzubringen und sicher zu übermitteln, die Spürhunde der Polizei irrezuführen, die sozialistische Literatur zu verbreiten, geheime Zusammenkünfte vorzubereiten usw.: mußte der Mann die Frau als Vertraute und Gehilfin suchen. Was Genossinnen durch emsige, mühen- und gefahrreiche Kleinarbeit für die Sache des Proletariats gewirkt haben, das stellt sich den Leistungen der Männer ebenbürtig zur Seite. Wir erinnern uns einer sehr Tapferen, die — während der Mann bei der 1887er Wahl völlig im Dienste der Bewegung ausging — allein dem kleinen Handwerksbetrieb vorstand, ohne fremde Unterstützung Haushalt und Kinder versorgte, für etliche Gefellen kochte und wusch und nach getanem harten Hauswerk bis zum grauen Morgen Wahlflugblätter faltete und in schweren Räten in das sichere Dachbodenversteck schleppte. Eine Arbeiterfrau, um die sich viele Kinderchen den Orgelpfeifen gleich gruppierten, machte bei Wind und Wetter in einem größeren Landkreis die Runde, um den „Schweizerkäse“ zu verteilen, das ist den verbotenen „Sozialdemokrat“. Jedesmal war sie dabei der Gefahr ausgesetzt, abgefaßt und streng bestraft zu werden. Eine andere Proletarierin führte noch als Hochschwangere einen Kinderwagen zwei Stunden weit, der schwer mit +++ Schriften beladen war. Bei einer gefährlichen Flugblattverteilung stellte sich die Frau an Stelle des über Nacht erkrankten Mannes ein. „damit es keine Lücke gebe“. Gerade beim Transport und der Zustellung sozialistischer Literatur haben Frauen die wichtigsten Dienste geleistet, ebenso bei Führung der Kassen, Verwahrung der Unterstützungsgelder, Ausstellung von Warnungssignalen und anderes mehr. Mit Stolz und Nahrung kann das Proletariat der Unsumme von Selbstverleugnung, Energie, Klugheit und Begeisterung gedenken, welche die Genossinnen unter dem Sozialistengesetz bei der Kleinarbeit aufgewendet haben. Jede Betätigung ihrerseits mußte um den Preis eines Opfers erkaufte werden, war mit Schwierigkeiten verknüpft, setzte großen Gefahren aus.

Als das Sozialistengesetz unter der Last seiner Verbrechen und Torheiten zusammenbrach, da konnten die Frauen mit berechtigter Genugtuung erklären: Wir haben gewagt, wir haben gewonnen. Auch unser war Arbeit und Kampf, auch unser ist der Sieg!

Unvergessen neben den allgemeinen Leistungen der proletarischen Frauenvelt muß das Werk der Genossinnen sein, die unter dem Sozialistengesetz Führerinnen und Trägerinnen der proletarischen Frauenbewegung gewesen sind. Ihren Bestrebungen türmten sich nicht nur alle Hindernisse und Gefahren entgegen, welche das Ausnahmerecht für das gesamte kämpfende Proletariat zeitigte. Die gesetzliche Minderberechtigung des weiblichen Geschlechtes wälzte ihnen Stein um Stein in den Weg, und das altersgraue Vorurteil betreffs des Wirkungskreises, der Aufgaben der Frau, hatte dichtes Gestrüpp und spitze Dornen auf ihm wachsen lassen. Mit jener Überzeugungstreue, welche Berge versetzt, mit der höchsten Aufopferung und Begeisterung unternahm es ein kleiner Kreis von Genossinnen wieder und wieder, die proletarischen Frauen aufzuklären, zu organisieren, zum Kampfe für eine menschenwürdige Existenz und volle Freiheit, ganzes Recht zu rufen. Heute den Trümmern einer Arbeiterinnenorganisation gegenüber, die sie mit den unfähigsten persönlichen Mühen und Opfern jeder Art geschaffen, und die Polizeibelieben oder Richterweisheit vernichtete, gingen sie morgen schon wieder ungedrossen, unentmutigt an die Aufklärungs- und Organisationsarbeit. Außer den verschiedenen Arbeiterinnenvereinen in Berlin, die früher oder später unter behördlichen Streichen fielen, verdient die Offenbacher Zentralfranken- und Begräbnisstaffe für Frauen und Mädchen Erwähnung, die bald nach ihrer Gründung 120 Zahlstellen mit 20000 Mitgliedern zählte. Frau Guillaume-Schad rief für dieselben ein Organ ins Leben, „Die Staatsbürgerin“, das bald wegen eines Artikels erdroffelt ward, der die volle soziale Gleichstellung des weiblichen Geschlechtes forderte. In kluger Ausnützung der Umstände traten die führenden Genossinnen in Berlin mit Erfolg für die Interessen der werktätigen Frauen ein. Die Versuche Stöckers, die junge proletarische Frauenbewegung ins Schlepptau der Reaktion zu bringen, scheiterten an dem richtigen, gesunden Klasseninstinkt der Genossinnen. Es gelang den Proletarierinnen allmählich, die Zulassung zu den öffentlichen Versammlungen als ein Recht zu erzwingen, das ihnen das Vereinsgesetz nicht vorenthält. Das Vorurteil gegen das öffentliche Auftreten der Frauen, gegen ihre Betätigung am politischen und gewerkschaftlichen Kampfe ward mehr und mehr in die Flucht geschlagen. Das Beispiel der Berliner Genossinnen wirkte anfeuernd auf die proletarische Frauenvelt in anderen Städten. Aber jede Lebensäußerung, der kleinste Fortschritt der proletarischen Frauenbewegung jener Zeit heischte den Einsatz der ganzen Persönlichkeit der führenden Genossinnen, die nicht bloß Agitatorinnen und Organisatorinnen waren, sondern Pioniere, Bahnbrecherinnen in der vollen Bedeutung des Wortes. Ihre hohen persönlichen Verdienste vorführen

wollen, das hieße einen großen und bedeutungsreichen Teil der Geschichte unserer proletarischen Frauenbewegung schreiben. Ein volles, grünes Lorbeerreis den unverzagten, klugen, treuen und selbstlosen Arbeiterinnen und Kämpferinnen der ernstesten und schwersten Stunden, den Genossinnen Ihrer, Stagemann, Hahn, Babnitz, Schadow, Cantius, Hofmann, Guillaume-Schad, Leuschner und anderen noch; ein volles, grünes Lorbeerreis den Ungenannten und Unbekannten, die ihnen aufopfernd zur Seite gestanden.

Wenn das deutsche Proletariat in diesen Tagen mit bewundernder Liebe sich derer erinnert, die vom felsenfesten Glauben an die Heiligkeit und Unüberwindlichkeit ihrer Überzeugung erfüllt unter den Schrecken und Fährlichkeiten des Sozialistengesetzes für die Befreiung der frondenden Massen gelitten und gekämpft haben, so geziemt es ihm, seine siegreichen Fahnen auch grüßend vor den Frauen zu senken. In den altskandinavischen Eddas heißt es: „Viele sind kühn, deren Schwert nicht rot vom Blut aus Feindesbrust.“ Heldenkühn waren auch jene Frauen, welche instinktiv oder bewußt um der Erlösung ihrer Klasse, ihres Geschlechtes willen duldeten und handelten, den Kampf mit Sorge und Entbehrung, mit den Rücken und Tüden der feindseligen Gewalten aufnahmen, im Dienste der Idee der Menschheitsbefreiung einfache Alltagsarbeit verrichteten oder bahnbrechend, führend voranschritten. Die höchsten Bürgertugenden haben sie geübt, Bürgerrecht haben sie damit in den Reihen des kämpfenden Proletariats, in der Geschichte seines glorreichen Emanzipationskampfes erworben.

Das Wahlprogramm der Sozialdemokratie zu den preußischen Landtagswahlen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der als Zentralwahlkomitee für die preußischen Landtagswahlen fungiert, hat die Wahlkampagne zu diesen mit einem zündenden Aufruf an die Wähler eingeleitet. Nach einer gedrängten, scharfen Charakterisierung des „elendesten aller Wahlsysteme“, des reaktionären Geldsachparlamentes, preußischer Landtag benamset, und seines noch reaktionärerem Zwillingbruders, des Herrenhauses, formuliert der Aufruf folgende Mindestforderungen:

„Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper (Staat, Gemeinden usw.) an alle für mündig erklärten Staatsangehörigen. Gesetzliche Einteilung gleicher Landtagswahlkreise. Proportionalwahl (Verhältnisswahlsystem). Beseitigung des Herrenhauses. Freiestes Vereins-, Versammlungs-

Mumu, das Hündchen des Taubstummen.

Erzählung von I. S. Turgenjew.

Aus dem Russischen übersetzt von L. A. Hauff.

(Fortsetzung.)

Den ganzen folgenden Tag zeigte sich Gerasim nicht, so daß an seiner Stelle der Kutischer Potap nach Wasser fahren mußte, was ihn sehr verdroß. Die Herrin fragte Sawrila, ob ihr Befehl ausgeführt worden sei, worauf Sawrila nur erwiderte, er sei erfüllt. Am anderen Morgen kam Gerasim wieder aus seiner Kammer zur Arbeit. Auch zu Mittag kam er, aß und ging wieder, ohne jemand zu grüßen. Sein Gesicht, das ohnedies leblos war, wie bei allen Taubstummen, sah jetzt aus wie versteinert. Nach Tisch ging er wieder fort, aber nicht auf lange. Als er zurückkehrte, ging er sogleich nach dem Heuboden. Eine helle, klare Mondnacht brach an.

Schwer seufzend wälzte sich Gerasim auf dem Heu. Plötzlich fühlte er, das ihn etwas am Rockflügel ziehe. Er fuhr zusammen, hob aber den Kopf nicht auf und drückte sogar die Augen zu. — Aber nun zog es wieder und stärker als zuvor. Er sprang auf . . . vor ihm bremte sich Mumu mit einem Stück Schnur am Hals.

Ein langer Freudenschrei brach aus seiner stummen Brust hervor. Er schloß Mumu in seine Arme, sie legte ihm Augen, Nase und Bart ab. Er stand auf, überlegte, stieg vorsichtig vom Heuboden herab, blickte sich um, und als er sich überzeugt hatte, daß ihn niemand sah, gelangte er wohlbehalten in seine Kammer.

Gerasim hatte schon früher erraten, daß Mumu nicht von selbst verloren gegangen, sondern auf Befehl der Herrin fortgebracht worden sei. Die Leute hatten ihm durch Zeichen erzählt, daß Mumu nach ihr gebissen habe. Er beschloß, seine Maßregeln zu ergreifen. Zuerst fütterte er Mumu mit Brot, streichelte sie,

legte sie auf sein Bett; dann begann er zu überlegen und dachte die ganze Nacht darüber nach, wie er sie am besten verbergen könne. Endlich beschloß er, sie den ganzen Tag in der Kammer zu lassen und nur zuweilen nach ihr zu sehen, sie aber nachts herauszuführen. Die Öffnung in der Türe verschloß er sorgfältig mit seinem alten Kittel und bei Tagesanbruch war er schon auf dem Hofe, als ob nichts gewesen wäre, indem er sogar — o unschuldige List! — seine betrübte Miene beibehielt. Der arme Taube konnte nicht auf den Gedanken kommen, daß Mumu sich durch ihr Winseln verraten werde. Wirklich wußten auch alle im Hause sehr bald, daß Mumu zurückgekehrt und in die Kammer eingeschlossen sei, aber aus Mitleid für ihn und sein Hündchen, zum Teil vielleicht auch aus Angst vor ihm, machte ihm niemand begreiflich, daß sein Geheimnis bekannt sei.

Nur der Haushofmeister kratzte sich im Genick und zuckte mit den Achseln.

„Nun, was geht's mich an?“ dachte er. „Die Herrin wird wohl nichts davon erfahren.“

Niemals hatte der Stumme so viel Eifer gezeigt wie an diesem Tage. Er fegte den ganzen Hof rein, riß alle Gräschen darauf aus, zog eigenhändig an allen Pfählen im Zaun des Vorgärtchens, um sich zu überzeugen, ob sie noch fest genug seien und schlug die Loder gewordenen wieder fest — kurz, er war so eifrig beschäftigt, daß sein Fleiß sogar der Herrin auffiel.

Im Laufe des Tages ging Gerasim heimlich einigemal zu seiner Einsiedlerin. Als die Nacht anbrach, legte er sich mit ihr in seiner Kammer schlafen, aber nicht auf dem Heuboden, und erst um zwei Uhr ging er mit ihr spazieren in der frischen Luft.

Nachdem er mit ihr ziemlich lange auf dem Hofe umhergegangen war, wollte er schon in seine Kammer zurückkehren, als plötzlich hinter dem Zaun in dem Nebengäßchen Geräusch entstand. Mumu spitzte die Ohren, begann zu knurren, lief an den Zaun,

und Koalitionsrecht für alle Staatsangehörigen, insbesondere auch für die Arbeiter in den Staatsbetrieben und die ländlichen Arbeiter; Aufhebung des Gesetzes über die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter; Beseitigung der Dienstbotenordnungen.

Einführung des achtstündigen Normalarbeitstags in den Staatsbetrieben und Staatswerkstätten; auskömmliche Löhne nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse; Verallgemeinerung der Gewerbeaufsicht und Wahl von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen als Hilfspersonen für die Gewerbeaufsicht; auskömmlicher Arbeiterschutz.

Volle Gleichberechtigung der im preussischen Staate lebenden Nationalitäten, insbesondere in Bezug auf den Gebrauch ihrer Muttersprache.

Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Volle Freiheit der Religionsübung und volle Selbstverwaltung der religiösen Gemeinschaften. Verbot, öffentliche Mittel für irgend welche religiösen Zwecke zu verwenden.

Hebung des Volksschulwesens durch möglichste Erhöhung der Leistungen für die körperliche und geistige Ausbildung; Vermehrung und materielle Besserstellung der Lehrer; Einheitschule für alle schulpflichtigen Kinder; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel und Vereinheitlichung der Lehrmittel; Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Stadt und Land; Übernahme der Kosten für die Volksbildung durch den Staat.

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege nach den Anforderungen der Hygiene; Bau von Hospitälern, Heil- und Rekonvaleszentenanstalten durch den Staat; Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Apotheken.

Beseitigung des Wohnungselends und der Wohnungsnot durch staatliche Maßnahmen; Wohnungsgesetzgebung; Bau von Wohnungen in staatlicher Regie; Vermehrung des staatlichen Eigentums an Grund und Boden.

Förderung von Kunst und Wissenschaft und Zugängigmachung ihrer Erzeugnisse und Ergebnisse für die Gesamtheit; Errichtung von Museen und wissenschaftlichen Sammlungen; öffentliche Bibliotheken usw.

Förderung von Industrie und Landwirtschaft durch Errichtung höherer Fachlehranstalten, Lehrwerkstätten, Musterwirtschaften, Musterbetriebe; Unterstützung des Genossenschaftswesens; Kanal-, Eisenbahn- und Straßenbau durch den Staat; Regulierung der Wasserstraßen und Schaffung von Schutzeinrichtungen gegen Überschwemmungsgefahren; Entschädigungspflicht des Staats, soweit durch sein Verschulden dem einzelnen Schaden zugefügt wird. Verstaatlichung der Gruben und Bergwerke.

Ermäßigung und Vereinfachung der Personen- und Frachttarife; Einführung der Reichsverwaltung für das gesamte Eisenbahnwesen. Verbesserung der Rechtspflege durch erhebliche Vermehrung der Richterstellen; Verbilligung und Vereinfachung der Rechtspflege.

Bekämpfung aller Vorrechte, die einzelnen Ständen oder Klassen auf Kosten der Gesamtheit eingeräumt wurden. Beseitigung der eximierten Gutsbezirke. Keine Liebesgabenpolitik.

Volle Gleichberechtigung bei der Besetzung öffentlicher Ämter und Stellen; Schutz der Beamten gegen Übergriffe von oben und finanzielle Besserstellung der niederen Beamtenklassen.

Schutz des Publikums gegen Übergriffe der Beamten, volle Verantwortlichkeit und Entschädigungspflicht des Staats für die Übergriffe seiner Beamten.

Reform der Armen- und Waisenpflege im Sinne größtmöglicher Humanität.

Reform der Steuergesetzgebung; Erhöhung der Progression für die Einkommen über 6000 Mark; Einführung der Progression für die Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Volle Selbstverwaltung der Gemeinden; Beseitigung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindebeamte.

Jede einzelne der vorstehenden Forderungen ist unmittelbar oder mittelbar von hohem Werte für die Proletarierin, ist geeignet, ihre Interessen als Arbeiterin, Staatsbürgerin, Hausfrau, Gattin, Mutter zu fördern. Die Sozialdemokratie wird auch im preussischen Landtag mit Treue und Energie für all die Reformen kämpfen, deren die Proletarierin als Angehörige der ausgebeuteten und beherrschten Klasse bedarf; für all die Reformen, die sie als Glied des minderberechtigten und rechtlosen weiblichen Geschlechtes verlangen muß. So fordert sie die Zügelung der kapitalistischen Ausbeutungsgewalt über die Lohnsklavinnen und Lohnsklaven, so will sie die Männer und Frauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land mit Rechten und Freiheiten ausgerüstet wissen, welche es ihnen ermöglichen, sich selbst als Aufgeklärte und Organisierte gegen diese Ausbeutungsgewalt zu verteidigen. So tritt sie der Auswucherung entgegen, welche die herrschenden Klassen mittels einer ungerechten Besteuerung und einer schändlichen Liebesgabenpolitik über die Proletarierin und die Ihrigen verhängen. So begehrt sie, daß den Töchtern und Söhnen des Volkes alle Bildungsmittel und Bildungsgelegenheiten zugänglich gemacht werden, damit sie für den Doppelkampf um ihre Existenz und um ihre Befreiung mit Wissen und Tüchtigkeit ausgerüstet seien. So macht sie es dem Staate zur Pflicht, auf allen Gebieten das Wirtschaftsleben zu fördern und Reformen zu schaffen, welche die wirtschaftliche Lage der Hand- wie Kopfarbeiter heben und ihnen in Zeiten

schnupperte und brach in ein lautes, durchdringendes Gebell aus. Jemand einem betrunkenen Menschen war es eingefallen, sich dort für die Nacht niederzulassen. Um diese Zeit war die Herrin eben eingeschlafen nach einer ziemlich langen „Nervenaufregung“. Diese Aufregungen erschienen bei ihr immer nach einem zu starken Abendessen. Das plötzliche Bellen erweckte sie. Ihr Herz blieb stehen.

„Mädchen! Mädchen!“ stöhnte sie.

Erschrocken eilten die Mädchen in ihr Schlafzimmer. „Ach! Ach! Ich sterbe“, rief sie, die Hände ringend. „Wieder dieser Hund! Ach, holt den Arzt! Man will mich ums Leben bringen! O! O!“ Sie warf den Kopf zurück, was eine Ohnmacht bedeutend sollte. Man stürzte zu dem Doktor, das heißt dem Leibarzt Chariton. Dieser Arzt, dessen ganze Kunst darin bestand, daß er Stiefel mit weichen Sohlen trug, sehr zart den Puls zu fühlen verstand, vierzehn Stunden täglich schlief, die übrige Zeit über seufzte und die Herrin beständig mit Kirschlorbeertropfen traktierte — dieser Wunderdoktor kam sogleich gelaufen, räucherte mit verbrannten Federn und reichte der Herrin, sobald sie die Augen aufschlug, auf einem silbernen Tragbrett ein Gläschen mit den bekannten Tropfen. Die Dame nahm sie und begann dann sogleich wieder, sich mit weinerlicher Stimme über den Hund, über Gawrila, über ihr Schicksal zu beklagen, sowie darüber, daß sie, eine arme, alte Frau, von allen verlassen worden sei, daß niemand Mitleid mit ihr hätte, und daß alle nur ihren Tod wünschten.

Inzwischen fuhr das unglückliche Hündchen fort zu bellen, und Gerassim versuchte vergebens, es vom Zaun zurückzurufen.

„Ach! . . . Ach! . . . Schon wieder“, jammerte die Alte und verdrehte die Augen. Der Arzt flüsterte dem Mädchen etwas zu, dieses lief ins Vorzimmer hinaus und stieß Stepan an, worauf dieser fortstürzte, um Gawrila zu wecken. Dieser befaß zornig, das ganze Haus auf die Beine zu bringen.

Als Gerassim sich umfah und die Lichter und Schatten an

den Fenstern bemerkte, ahnte er Unheil, nahm Mumu unter den Arm, lief in seine Kammer und schloß sie ein. Gleich darauf stürmten fünf Männer gegen seine Türe, hielten aber an, als sie den Widerstand des Niegels bemerkten. Gawrila stürzte herbei mit schrecklicher Eile und befahl ihnen allen, bis zum Morgen hier auf Wache zu bleiben. Er selbst lief dann in den Mädchenflügel, und durch die ältere Gesellschafterin, Ljubow Ljubimowna, mit der er gemeinschaftlich Tee, Zucker und andere Schwären stahl, ließ er der Herrin sagen, der Hund habe sich leider wieder eingefunden, aber morgen werde er nicht mehr am Leben sein, und die Herrin möge die Gnade haben, nicht zu zürnen und sich beruhigen. Sie hätte sich wahrscheinlich nicht so bald beruhigt, wenn ihr nicht der Arzt anstatt zwölf Tropfen in der Eile vierzig eingegossen hätte. Diese wirkten und nach einer Viertelstunde war sie fest eingeschlafen. Gerassim aber lag ganz bleich auf seinem Bett und drückte Mumu an sich.

Am folgenden Morgen erwachte die Herrin ziemlich spät. Gawrila erwartete ihr Erwachen, um den Befehl zum nachdrücklichen Angriff auf Gerassims Schlupfwinkel zu geben, während er sich selbst darauf vorbereitete, ein starkes Gewitter auszuhalten. Aber das Gewitter kam nicht. Auf dem Bett liegend, befahl die Herrin, die ältere ihrer sogenannten Freundinnen zu rufen.

„Ljubow Ljubimowna“, begann sie mit leiser, schwacher Stimme, — sie liebte es zuweilen, die Rolle einer verfolgten und verwaisenen Leidenden zu spielen, wobei allen Leuten im Hause sehr unbehaglich zumute war, — „Sie sehen, in welcher Lage ich mich befinde. Gehen Sie, mein Seelchen, zu Gawrila, sprechen Sie mit ihm. Sollte ihm wirklich so eine nichtswürdige Hündin teurer sein, als die Ruhe und sogar das Leben seiner Herrin? Ich möchte das nicht glauben“, fügte sie mit dem Ausdruck tiefen Gefühls hinzu, — „gehen Sie, mein Seelchen, seien Sie so gut, gehen Sie zu Gawrila.“

(Fortsetzung folgt.)

der Bedrängnis, der Fürsorgebedürftigkeit Schutz und Hilfe gewähren. So tritt sie nachdrücklich für die volle politische Gleichberechtigung der Frauen ein und fordert für sie im Staats- und Gemeindeleben unbeschränktes Bürgerrecht. Keine einzige der bürgerlichen Parteien, die gegenwärtig im Wahlkampf zu dem preußischen Landtag stehen, kann sich betreffs ihrer Reformpolitik zugunsten der arbeitenden Volksmassen mit der Sozialdemokratie messen. Keine einzige kann sich ihr als ebenbürtig zur Seite stellen, was das Eintreten für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes anbelangt. Auch die äußerste Linke des bürgerlichen Liberalismus fordert nicht für die Frauen das Wahlrecht in Staat und Gemeinde, wie es die Sozialdemokratie tut, kaum daß sie lau und flau für volles Vereins- und Versammlungsrecht eintritt. Die preußischen Proletarierinnen, welche zum Verständnis ihrer Interessen erwacht sind, werden hoffentlich aus diesem Stande der Dinge die richtige Nutzenanwendung ziehen. Klar, eindringlich muß ihnen ihre Pflicht gegenwärtig sein, mit aller Kraft und Opferfreudigkeit den sozialdemokratischen Landtagswahlkampf zu unterstützen. Sie dürfen bei dem ersten Ansturm gegen das politische Zwingur der Geldackerklassen in Preußen nicht fehlen, nicht in letzter Reihe kämpfen.

Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen im Jahre 1902.*

III.

Wie wir schon in unserem ersten Artikel hervorhoben, schieben diejenigen Berichterstatter, die sich noch vorwiegend oder gänzlich gegen eine gesetzliche Festlegung des Zehnstundentags für erwachsene Fabrikarbeiterinnen aussprechen, in höchst merkwürdiger Bescheidenheit und Selbstgenügsamkeit ihre Urteile auf diejenigen der Unternehmer ab. Manche verraten dabei zugleich mit erfrischender, wenn auch sehr ungewollter Deutlichkeit, wie sie sich die Gesetzgebung überhaupt nur im Sinne und Einverständnis mit den Unternehmern denken können. Der Wille und die Urteile der Arbeiter scheinen für sie, und zwar nach ihrer Meinung durchaus von Rechts wegen gar nicht zu existieren. Diese Berichte im Sinne einer ausgesprochenen und gewollten einseitigen Klassengesetzgebung halten wir im Interesse unserer Agitation für nicht minder wertvoll wie diejenigen, auf die wir uns in unseren beiden ersten Artikeln vorwiegend bezogen, und die energisch und vorurteilslos für eine gesetzliche Festlegung des Zehnstundentags eintreten. So möchten wir zum Beispiel um alles nicht den in seiner Art köstlichen Bericht über die Verhältnisse in der Provinz Ostpreußen missen.

Der ostelbischen Gefilden durchaus würdige Beamte, der diesen Bericht gibt, muß zunächst auch der objektiven Tatsächlichkeit soweit die Ehre geben, als er berichten muß, daß selbst in Ostpreußen jetzt die Zahl der Arbeiterinnen, die zehn Stunden in Fabriken beschäftigt werden, wenig von der verschieden ist, die elf Stunden arbeiten. Er kann auch nicht verhehlen, daß die meisten Betriebe, in denen diese längere Arbeitszeit noch üblich ist, in ländlichen Bezirken und kleineren Städten liegen, wo also die gewerblichen Unternehmer noch in feudalkapitalistischer Reinkultur zu gedeihen vermögen und von keiner wie immer gearteten proletarischen Organisation darin irgendwie behindert werden können. Nun kommt die naive Wiedergabe der Urteile der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Berichterstatter erzählt uns: Die Arbeitgeber dieser letzteren Betriebe „meinen“, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden könne ihrerseits „nicht ohne eine Lohnverkürzung für die Arbeiterinnen“ vorgenommen werden. Die Arbeiterinnen „würden aber damit empfindliche Schädigungen erleiden, die für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse bedenkliche Folgen haben müßten“. Für die Tiefe solcher Weisheit hat der Berichterstatter kein Wort der Kritik, nicht ein einziges, scheint sie also als der seinigen vollkommen gleichwertig zu empfinden. Aber es kommt noch besser. Von manchen Arbeitgebern werde auch betont, so wird als höchste Neuigkeit weiter berichtet, „daß in allen landwirtschaftlichen Betrieben und bei Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten überhaupt eine mehr als elfstündige Arbeitszeit durchweg gebräuchlich sei“. Wahrlich, eine Neuigkeit, die noch ganz unbekannt war! Aber sie wird, wie man kaum für möglich halten sollte, noch durch eine andere übertrumpft. Wir werden nämlich belehrt: „Wenn man nun in den auf dem Lande und in kleinen Städten liegenden gewerblichen Anlagen die zehnstündige Arbeitszeit zwangsweise einführen würde, so könnte leicht die Not, Arbeiterinnen für die Landwirtschaft zu bekommen, noch größer werden, als sie jetzt schon ist.“ Kein Wunder, sondern eine reine Selbstverständlichkeit, daß unser so junkerlich-agrarisch vorurteilslose Berichterstatter danach

zu dem bündigen Schlusse kommt: „Im allgemeinen spreche ich mich dafür aus, daß es bei den jetzt geltenden Bestimmungen über die tägliche Arbeitsdauer verbleibe.“ Ein weiteres Wort eigener Begründung wird ängstlichst vermieden, und das ist gut so. Dieser Mustertkabe von Gewerbeinspektor, der über den Parteien stehen will, würde sich am Ende höchst gegen seinen Willen noch daran erinnern, daß vor einem Urteil, selbst in Preußen-Deutschland, beide Parteien gehört werden müssen. . . .

Von Ostpreußen nach Westpreußen ist ökonomisch und politisch nur ein Schritt, aber doch spürt man in dem westpreussischen Berichte schon etwas wie westlich-industriell frischere sozialpolitische Luft, die den ostelbischen Nebel aber noch nicht zerstreuen, sondern nur in starken Wirrwarr bringen konnte. Unser Berichterstatter spricht sich hier nämlich am Schlusse gleichfalls dahin aus, daß, „wenn die Frauen noch von einigen Arbeiten ausgeschlossen würden, kein Grund zur Herabsetzung der Arbeitszeit vorliege“. Wenige Zeilen vorher aber heißt es wörtlich: „Zimmerhin würde die Industrie des hiesigen Aufsichtsbezirkes, die sich nicht mit Herstellung von Ausfuhrartikeln beschäftigt, in ihrer großen Mehrzahl eine Herabsetzung der Arbeitszeit ertragen können, wenn der Wettbewerb des Auslandes durch zweckentsprechende Zollmaßregeln abgehalten würde, da ja der inländische Wettbewerb denselben Maßregeln unterliegt, und wenn ferner für besondere Gruppen und Fälle die Möglichkeit gewahrt bleibt, zeitweiligen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.“ Zunächst also ein Entgegenkommen, das dann am Schlusse im Endurteil dem Berichterstatter schon wieder entfallen ist, dann ein krausester Wirrwarr von Einschränkungen, die einen gewissen Reiz nur insofern haben, als sie „Zollmaßregeln“ fordern, um eingebildete Produktionsverluste durch noch eingebildete Abschließungen des Auslandes ausgleichen wollen. Auf derselben Stufe steht das Urteil dieses Berichterstatters, daß die „Beschränkung der Frauenarbeit“ zur „Entlassung der Frauen“ führen würde, und das einzige ernsthafte Moment, das er gegen die Beschränkung der Frauenarbeit anführt, ist nur, daß diese „zur Herabsetzung der Arbeitszeit auch für die Männer führen müsse“. Dieses Moment ist in der Tat ernsthaft und wird auch noch in den Berichten über den Regierungsbezirk Köln und den Regierungsbezirk Aachen als Einwand hervorgehoben, aber es ist ernsthaft in einem ganz anderen Sinne, als die Herren Berichterstatter sich träumen lassen.

Und weil dies Argument nicht wie die übrigen — als da sind: Produktions- und Lohnausfall, Verlust der Konkurrenzfähigkeit und dergleichen — von anderen Berichterstattern selbst gründlich abgewiesen oder auch nur zu ergründen versucht wird, so mag darüber hier ein Wort mehr gesagt werden. Zunächst ist als zweifellos zuzugeben, daß bei der heutigen Technik und Betriebsweise der Industrie, die auf das engste ineinandergreift, Männer und Frauenarbeit, wo nicht gleichwertige, so einander ergänzende Erscheinungen sind. Ein Eingriff bei der einen zwingt deshalb ganz von selbst zu einem Eingriff auch bei der anderen früher oder später, je nach dem Grade der Einsicht und Erkenntnis, über die Unternehmer und Gesetzgeber bezüglich der Entwicklungstendenzen der Wirtschaftsercheinungen verfügen. Es ist also auch zweifellos, daß, wie übrigens schon bei der summarischen Beurteilung der Erhebungen betont wurde, ein gesetzlicher Zehnstundentag der Frauen einen solchen der Männer herbeiführen muß, ob man wollen wird oder nicht. Anstatt daß nun aber Regierung und Unternehmer diese Verkürzung freiwillig und gleichzeitig für Männer und Frauen durchzuführen sich bemühen, um so bei der Industrie alle Schwankungen und widerspruchsvollen betriebstechnischen Erscheinungen möglichst zu verhindern und zu glätten; anstatt so im eigensten Interesse der Unternehmer zu handeln, fängt wieder und wieder die elendeste Flickarbeit an, die noch obendrein von Schritt zu Schritt erzwungen werden muß und augenblickliche, freilich sehr bald von selbst sich wieder ausgleichende Störungen geradezu herausfordert. Daß durch diese törichte Flickarbeit augenblickliche Störungen entstehen müssen, wird also niemand leugnen, aber diese Erscheinung ist wie alle ähnlichen bei dem Verhältnis von Arbeitsprozeß und Arbeitsschutz nicht notwendige Schuld des letzteren, sondern Schuld, lediglich Schuld der mangelnden Einsicht und des mangelnden guten Willens derjenigen, die heute noch allein über den Arbeitsprozeß Verfügung haben. Und damit kommen wir auch bei dieser Teilfrage auf unseren Ausgangspunkt der ganzen Frage der Verkürzung der Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen zurück. Die Verkürzung auf zunächst zehn Stunden ist, ganz abgesehen davon, daß zwei Drittel aller erwachsenen Fabrikarbeiterinnen sie schon haben, keinerlei irgendwie revolutionierende Forderung und Maßnahme. Wie die Dinge heute liegen, ist sie zu einer absolut selbstverständlichen Möglichkeit allerorts geworden, und nur traurigste Einsichtslosigkeit oder nicht scharf genug zu bekämpfender Mangel an gutem Willen können sich noch gegen sie sträuben. Das

* Siehe Nr. 20 und 21 der „Gleichheit“.

haben, wenn und wo und für wen es noch notwendig war, die hier erörterten amtlichen Erhebungen mit größter Deutlichkeit bestätigt.

Dieselben Erhebungen aber haben für jeden bewiesen, der nur halbwegs vorurteilslos an die Tatbestände herantritt, daß unsere Industrie in jeder Hinsicht nicht mehr bloß für den Zehnstundentag, sondern für den Achtstundentag reif ist und ihn im Inlande wie dem Auslande gegenüber ohne jeden Schaden ertragen kann. Gerade in diesem Sinne und in diesem Ergebnisse bekommen die Erhebungen erst ihren vollen Wert für die klassenbewußte Arbeiterschaft, als eine höchst wertvolle neue Waffe um diese einzige und erste wirklich eingreifende Maßregel des Arbeiterschutzes. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird es nicht daran fehlen lassen, auch diese Waffe mit aller Energie zu gebrauchen!

M. Gr.

Aus der Bewegung.

Die Berliner Genossinnen im Landtagswahlkampf. Der kürzlich gegründete „Sozialdemokratische Frauenwahlverein“ hat seine Tätigkeit mit einer öffentlichen Versammlung eingeleitet, zu welcher er durch folgenden Aufruf einlud:

„Mütter, Frauen und Mädchen!

Beteiligt euch an der Agitation zu den bevorstehenden Landtagswahlen!

Beweist, daß ihr Interesse daran habt, daß in Zukunft nicht Junker, Adel und Großindustrielle die Macht haben, alle Bestrebungen der Arbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein zu unterdrücken!

Viele tief in das wirtschaftliche Leben der Arbeiterinnen eingreifende Fragen finden im Landtag ihre Erledigung; Bestimmungen über Steuer, Schule, Polizei und Gewerbeinspektion werden dort getroffen.

Mütter! Laßt es nicht länger zu, daß für eure Kinder die Schulbildung auf das mindeste herabgedrückt und jede weitere Bildung als ein Hemmschuh der Ausbeutung angesehen wird. Arbeiterinnen, lernt das Unrecht erkennen, das man euch antut. Kommt alle, ihr Frauen und Mädchen, Mütter und Arbeiterinnen, in die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins der Frauen und Mädchen Berlins und Umgegend. Schriftsteller Genosse Max Grunwald wird in einem Vortrag alle diese Fragen beleuchten! Kommt alle! Keine darf fehlen! Pässigkeit heißt Pflichtvergessenheit gegen eure Mitmenschen, gegen euch selbst und eure Kinder.“

Die Versammelten sollten den trefflichen Ausführungen des Referenten lebhaften Beifall. In der Diskussion sprachen die Genossinnen Bohn, Wien, Kadaitke und Baader, welche durch Beispiele die Notwendigkeit erörterten, daß die Frauen sich energisch an dem jetzigen Wahlkampf beteiligen. Genossin Baader forderte zur Ausnutzung des vorübergehenden politischen Vereinsrechts auf. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die völkerverbindende Sozialdemokratie.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Görlitz.

Vor einem Jahre wurde in Görlitz der Wunsch laut, die sozialdemokratischen Frauen zu gemeinsamer Wirksamkeit im Dienste ihrer Überzeugung zu vereinigen. Was in anderen großen Städten möglich war, das müßte sich, so dachten die Genossinnen ganz richtig, auch bei uns durchführen lassen. In Görlitz ist ja ebenfalls ein zahlreiches weibliches Proletariat vorhanden, dem Aufklärung und Organisation bitter not tut. Tausende von Proletarierinnen fronden in Fabrik, Werkstatt und Laden oder in der eigenen Wohnung als Heimarbeiterinnen zu niedrigem Lohn für fremden Reichtum. Tausende von Arbeiterfrauen halten unter schweren Sorgen Haus, weil das Kapital den Mann hart, schonungslos, ohne Rücksicht auf die Interessen der Familie ausbeutet. Sehr viele unserer Frauen lernen die Kümmernisse und Lasten der armen Hausmutter und die Peitschenhiebe der kapitalistischen Auswucherung der Arbeitskraft gleichzeitig am eigenen Leibe kennen. So schienen uns die tatsächlichen Vorbedingungen dafür vorhanden, daß es einem planmäßigen Zusammenarbeiten der Genossinnen gelingen müsse, größere Kreise der Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes zum Verständnis und zur Anteilnahme an der modernen Arbeiterbewegung zu rufen. Unsere Bemühungen, die Genossinnen zu diesem Zwecke in persönliche Fühlung und Verbindung miteinander zu bringen und damit einen festen Stamm tätiger Frauen heranzuschulen und zusammenzuhalten, haben sich an die Verbreitung der „Gleichheit“ angeschlossen. Mit gutem Erfolg. Anfang Oktober letzten Jahres wurden bald 25 Abonnenten unseres Organs gewonnen und seither hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Sie betrug im Laufe des Sommers 66, und wenn jetzt einige weniger sind, so ist das nicht als ein Anzeichen für den Rückgang unserer Bewegung aufzufassen, sondern erklärt sich dadurch, daß beim Herannahen des Winters sich die schlechten Zeiten besonders fühlbar machen. Die

Zeitung gehört eben dann zu den ersten Ausgaben, an denen gespart wird, und wir hoffen, nach dem Winter den unbedeutenden Ausfall bald wieder wett gemacht zu haben. Zur Aufklärung der Frauen wurden von den Genossinnen elf Versammlungen veranstaltet, in zehn derselben wurden politische Fragen behandelt, in einer das gemeinnützige Thema der Frauenkrankheiten. An der Kleinarbeit, welche der Wahlkampf brachte, haben die Genossinnen eifrig und begeistert teilgenommen. Sie verbreiteten Flugblätter und am Wahltag wurden zum erstenmal Wahllokale von Genossinnen besetzt. Ihrerseits wurden 650 Broschüren verteilt, welche die Frauen über die Bedeutung der Reichstagswahl aufklärten, und erfreulicherweise haben dieselben meist bei indifferentem Eingang gefunden. Die Genossinnen haben unsere Bestrebungen mit Rat und Tat gefördert, insbesondere auch durch geeignete Referate; ihrer Unterstützung dürfen wir auch für die Zukunft gewiß sein. Die Genossinnen haben sich auch angelegen sein lassen, den lohnarbeitenden Frauen die Notwendigkeit und den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation klarzumachen und sie derselben zuzuführen. Diese Bemühungen werden im neuen Arbeitsjahr mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt werden, denn die Lage der Görlitzer Arbeiterinnen ist äußerst verbesserungsbedürftig. Der Klassenbericht ergibt eine Einnahme von 234,85 Mark und eine Ausgabe von 212,15 Mark, 40 Mark davon sind dem Agitationsfonds der Genossinnen Deutschlands zugeführt worden. Die Genossinnen Vormann, Blisenik, Giersch und Scholz haben als ernannte Revisorinnen Einnahmen und Ausgaben geprüft und den Klassenbericht für richtig befunden. Da die Görlitzer Genossinnen mit der Leitung der Bewegung zufrieden waren, so wurde die seitherige Vertrauensperson wiedergewählt. Sie wird sich aufrichtig bemühen, den Aufgaben ihres Amtes gerecht zu werden und hofft dabei auf die tatkräftige Unterstützung der Genossinnen. Wenn diese mit der gleichen Geduld und der gleichen Opferfreudigkeit weiterarbeiten wie seither, wenn sie weder Mühe noch Sorge scheuen, um der Sache des Proletariats zu dienen, so werden wir nicht nur neue, treue Mitstreiterinnen gewinnen, sondern auch immer wirksamer die Interessen der proletarischen Frauen vertreten können. Unser nächster Jahresbericht kann dann von noch größeren Erfolgen berichten.

Anna Gregor, Vertrauensperson.

Musterstaatliches. Als am Dienstag den 13. Oktober, nachmittags 1 Uhr 46 Minuten, der fällige Gefangenentransport aus dem Unterland in Offenburg eintraf, entstieg demselben wohl gegen acht Personen, auf deren Empfang schon der ominöse grüne Wagen wartete. Hinter den hochangebrachten staubtrübten, vergitterten Fensterchen blieben aber in einem Abteil zehn Personen zurück, auf deren Ankunft Offenburger Parteigenossen gewartet hatten. Es mußten schwere Verbrecher sein, die da hinter den schwedischen Gardinen eingesperrt waren, denn es war denselben nicht gestattet, mit den Draußenstehenden zu verkehren! — Man denke — zehn Personen —, unter sicherem Gewahrsam der Gendarmerie! Einer unserer Offenburger Genossen trat an das Fenster des Gefangenewagens zu dem strengblickenden Wächter mit der stets schußbereiten Verteidigungswaffe, mit ihm parlamentierend. Offenbar hatte er die erwartete Antwort erhalten, denn siehe — der dienstbereite Gehilfe des Bahnhofrestaurantbrachte eine Schüssel dampfender Suppe, Wurst, Brot und — Bier! — — Die Internierten mußten schon höherbegüterten Gesellschaftschichten angehören, sonst wären ja solche Außerordlichkeiten kaum denkbar! Da, wie die erstaunt Umstehenden an dem Transportwagen hinausblickten, erkennen sie eine Dank winkende Proletarierhand; zwei Arme halten ein kleines, kaum zweijähriges Kind an den Gittern empor, dann wieder eines und wieder eines und wieder eines. Auch ein Frauenkopf zeigt sich mit einem Kinde daneben; die Frau lächelt und winkt uns zu, tapfer — wohl unter den Tränen!

Es waren schwere Verbrecher, der Mann und die Frau, ihr lieben Vesperinnen, — sie begingen das Unrecht, noch einige Tage in dem Deutschland leben zu wollen, wo sie seit zehn Jahren gewohnt und gearbeitet, wo sie geliebt, geforgt und besserer Tage gehofft hatten. Nun endlich sollten die besseren Tage ihnen winken, der Mann, der sechs Jahre ununterbrochen als braver Arbeiter in der Richterschen Tubensfabrik zu Pforzheim gearbeitet hatte, hatte den Engagementsbrief einer Wiener Tubensfabrik in der Tasche, der ihm einen Monatsgehalt von 200 Mark sicherte. Da erteilte ihn am 9. Oktober in der Fabrik der — Ausweisungsbefehl.

Genosse Denzler ist Schweizer. Die wachsende Familie hatte immer den letzten Pfennig aufgezehrt, die er für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhielt; manchmal war es ihm nicht möglich gewesen, den Hauszins zum kontraktlichen Termin abzuliefern, und es war vorgekommen, daß nach schwerer Krankheit seinerseits die schweizerische Heimatgemeinde für ihn eintreten gemußt hatte. Nun aber rückte gar die große Gefahr nahe, der Arbeiter könne die zirka 180 bis 200

Mark nicht aufbringen, die für die Übersiedelung der Familie an die schöne blaue Donau nötig wären, und werde die öffentliche Unterstützung beanspruchen. Da schritten die Behörden ein und verfügten wegen Mittellosigkeit die Ausweisung. Der Diener des Befehls brachte dem Manne den Befehl in die Fabrik, mit seiner Familie Stadt und Land innerhalb drei Tagen zu verlassen! Am Morgen des 12. Oktober wurde der Arbeiter in der Fabrik, die Mutter mit den acht Kindern daheim verhaftet und ins Pforzheimer Gefängnis gesperrt. Der eine Knabe, der bei einem Lehrmeister untergebracht war, eilte herbei, durfte aber nicht zu den Seinen. Erst abends, als der Schub seinen Weg antrat, wurde es dem Armen gestattet, den Eltern und Geschwistern Lebewohl zu sagen!

Die Pforzheimer Genossen, die noch von dem Vorfall erfuhren, eilten zur Bahn, um den ausgewiesenen Kollegen mit dem zu versorgen, was ihnen zu spenden gerade noch möglich war. Und fort ging der Schub bis Durlach! Dort wurden die Armen bis zum anderen Morgen eingesperrt, früh 9 Uhr wieder „verladen“, um gegen 2 Uhr nachmittags in Offenburg zu landen. Hätte dort nicht das Mutterauge einer Genossin entdeckt, daß man den armen Würmlein einen armseligen Milchrest mit Wasser auffüllen wollte und noch kurz vor der Abfahrt für Milch gesorgt, die Unschuldigen hätten erfahren können, wieweit die Menschlichkeit im Musterlande Baden gediehen ist! Abends in Basel angekommen, wurden wieder alle zehn Personen in die Zelle gesteckt, um anderen Tags dann die Luft der freien Schweiz atmen zu dürfen. Eine Postkarte bezeugt die gute Ankunft in Zürich. — So geschehen im Jahre des Heils 1903 im Großherzogtum Baden unter dem Ministerium der „Gerechtigkeit und Gerechtigkeit“, dem das Budget zu bewilligen der eine und andere der sozialdemokratischen badischen Abgeordneten nicht abgeneigt gewesen wäre. Wenn in wenigen Wochen der ausgewiesene Genosse lieft, daß bei den Wahlen zum Landtag das Mandat in Pforzheim mit überwältigender Mehrheit von der Sozialdemokratie erobert wurde, so möge dies Balsam sein für das eben überstandene Leid. Was er Bitteres, Unmenschliches erfahren, hat manchen Laien und Fernstehenden ausgerüttelt!

Die Gründung eines Bildungsvereins für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes in Steglitz ist in einer öffentlichen Frauenversammlung beschlossen worden, in der Genosse Bartels referierte. Ein Ausschuss von zehn Personen wurde mit der Ausarbeitung der Statuten und den übrigen vorbereitenden Maßnahmen beauftragt. Zahlreiche Frauen und Mädchen erklärten durch Namensunterschrift, der neuen Organisation beitreten zu wollen.

Notizenteil.

Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau.

In dem so wichtigen und heldenhaften Ringen der Textilarbeiter Crimmitschaws um den Zehnstudentag scheint die Entscheidung näher zu rücken. Die prozige Hartnäckigkeit, mit welcher das Unternehmertum die Ausförrung aufrecht erhält, droht die Textilindustrie des Ortes für die Dauer schwer zu schädigen. Im München-Gladbacher Bezirk züchtet die Situation geradezu eine Konkurrenz für die Zmitat- und Jencygarne heran, von denen sonst wöchentlich 45000 bis 50000 Kilo aus Crimmitschau eingeföhrt wurden. Es besteht die dringende Gefahr, daß für den Absatz der Crimmitschauer Webwaren eine zweite Saison verloren geht. Der Ruin kleinerer Textilbetriebe muß die Folge davon sein. Die Vermutung liegt nahe, daß die großen Textilbarone gerade auch diese Folge herbeiföhren und sich damit Konkurrenten vom Halse schaffen wollen. Das Hauptziel ihrer Halsstarrigkeit ist aber der Wunsch und Wille, die Kasse des Textilarbeiterverbandes zu leeren, die Organisation ihrer Lohnsklaven und Lohnsklavinnen zu sprengen und diese zum bedürfnislosen Weitschleppen des Joches zu zwingen. Kein Zweifel, daß sie in diesem Wunsche und Willen sich eins wissen mit der gesamten deutschen Unternehmersippe. Diese erblickt ganz zutreffend in der Crimmitschauer Zehnstundenbewegung einen Preiskampf für die allgemeine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere auch für die gesetzliche Festlegung des Zehnstudentags für die Arbeiterinnen. Und so stärkt sie die Textilarbeiter in ihrem Widerstand gegen die bescheidernde Forderung der Männer und Frauen, welche mit ihrer eigenen Dürftigkeit den Überfluß ihrer Herren, mit ihrer Überanstrengung deren Müßiggang bezahlen. Wie berechtigt die umkämpfte Forderung ist, das anerkennen auch bürgerliche Kreise. Der nationalsozialistische Verein zu Dresden unterstützte die Ausgesperrten mit finanziellen Mitteln und erklärte dazu, „daß in diesem Kampfe das nationale Interesse mit besonderer

Deutlichkeit auf seiten der Arbeiter ist“. Der Bruderverein zu Leipzig sandte ebenfalls Kampfesmunition und sprach sich dahin aus, „daß man Anerkennung haben müsse für die Arbeiter, die für so hohe, ideale Forderungen ihre Existenz, ihr alles aufs Spiel setzen.“ — Je mehr jedoch die Sage zur Wiederöffnung der Betriebe treibt, durch um so gewissenlosere Manöver suchen die Fabrikanten die Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen durchzusetzen. Hand- und Spanndienste bei ihrem profitwütigen Streben leisten ihnen die Kriegervereiner, die sich auch vor dem Unternehmertum als Kriegervereiner erweisen. Durch Einwirkung auf die „Kameraden“ und ihre Angehörigen bemühen sie sich, die Kämpfenden zu Verrätern an den eigenen und den gemeinsamen Interessen zu erniedrigen. Die Industriellen ihrerseits machten durch öffentlichen Anschlag bekannt, daß sie am 21. Oktober ihre Fabriken öffnen würden, falls sich bis zum Vorabend zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit genügend Arbeitskräfte gemeldet hätten, daß der Betrieb in Gang gehalten werden könne. Sie rieten den „Arbeitswilligen“, sich brieflich zu melden, und sicherten ihnen Geheimhaltung der Namen zu, damit sie eventuell nicht der Unterstützung des Verbandes verlustig gingen. Mit anderen Worten: sie forderten zu Lug und Trug der Organisation gegenüber auf, die den Ausgesperrten seit langen Wochen treulich zur Seite steht. In fünf überfüllten Versammlungen protestierten die Kämpfenden nachdrücklich gegen das entwürdigende Ansinnen und erklärten, daß es Ehrensache aller sei, den Kampf gemeinsam zu Ende zu föhren. Nur eine winzige Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen ließ sich durch die Not und durch Verlockungen dazu verleiten, in die ungemilderte Knechtschaft zurückzukehren. Von einer Weiterföhren der geöffneten Betriebe kann bis zur Stunde, wo wir dieses schreiben, keine Rede sein. Die Begeisterung der Ausgesperrten, ihre treue Solidarität ist durch die lange Dauer des Kampfes nicht gemindert worden, ihre Haltung ist gleich musterhaft wie am ersten Tage desselben. „Ich mache Ihnen mein Kompliment. Die Crimmitschauer Arbeiter verdienen sich den Dank der Behörden“, erklärte kürzlich ein hochgestellter Regierungsbeamter. — Die Unternehmer hoffen trotz allem darauf, daß bald der Tag kommen müsse, wo der Hunger die proletarischen Kampfestugenden überwindet, wo er als grimmer, erbarmungsloser Feind die Arbeiter und Arbeiterinnen als Besiegte unter die hochehobene Fuchtel ihrer Ausbeuter treibt. An der hilfsbereiten, tatkräftigen Solidarität der Arbeitsbrüder und Schwestern aller Berufe liegt es, dieses Hoffen zuschanden zu machen. Der Aufruf, in dem sich die Ausgesperrten neuerlich an die deutsche Arbeiterschaft gewendet haben und in packenden Worten von der Bedeutung des Kampfes, von ihren Nöten, Opfern und Hoffnungen reden, darf nicht wirkungslos bleiben. Möchten insbesondere auch die Genossinnen eingedenk sein, daß in Crimmitschau Tausende von Proletarierinnen für Fraueninteressen, Frauenrecht leiden und kämpfen. Darum die Herzen auf, die Beutel auf, wenngleich wie so oft das „Scherlein der Witwe“, das Letzte, das Einzige geopfert werden muß. Darum Mut und Ausdauer, ihr Schwestern, die ihr gegen kapitalistischen Goldhunger und Hochmut im Kampfe steht! Noch eine kurze Spanne der Anstrengung aller Kräfte, geduldigen Aushaltens, und die Ausgesperrten werden nicht erfolglos gerungen haben.

Frauenstimmrecht.

Eine Resolution zugunsten des Frauenstimmrechtes nahm kürzlich der Jahreskongress von Montana (Vereinigte Staaten) an, auf dem 40 Organisationen durch Delegierte vertreten waren. Aus Arbeiterkreisen ging außerdem eine Petition für das Frauenstimmrecht mit 3500 Unterschriften an die gesetzgebenden Körperschaften des Staates ab. Dieselbe wurde im Unterhause mit 41 gegen 23 Stimmen angenommen, im Oberhause dagegen mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Daß sich die Arbeiter von Montana so lebhaft für das Frauenstimmrecht interessieren, ist wesentlich das Verdienst von Miss Laughlin, welche zahlreiche Vorträge über die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in den Gewerksvereinen hält.

Zur Beachtung.

Alle auf die Agitation unter den proletarischen Frauen bezüglichen Briefe und Sendungen sind zu richten an:

Offilie Baader

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands
Berlin SW., Blücherstraße 49, Hof II.